

## Easy Jet baut in Basel aus

Billigflieger setzt weiteres Flugzeug ein

Die englische Fluggesellschaft Easy Jet baut ihr Engagement auf dem Euro-Airport in Basel weiter aus. Die Firma werde im kommenden Jahr ein fünftes Flugzeug im Dreiländereck stationieren, kündigte Peter Voets, Marketing Manager Schweiz, an einer Presseorientierung an. Ab Ende Juni 2010 wird ein neuer Airbus A319 eingesetzt. Dieser werde pro Jahr 250 000 zusätzliche Passagiere befördern. Easy Jet werde auf diese Weise «den überstürzten Abzug von Ryanair» mehr als wettmachen, hielt Easy Jet gestern fest. Die Airline nahm damit Bezug auf die Ankündigung von Ryanair vom Vortag, Anfang Dezember 2009 den Flugbetrieb auf dem Euro-Airport einzustellen. Das irische Unternehmen begründet den Rückzug aus Basel mit der Weigerung des Flughafens, die Gebühren zu senken.

Easy Jet erklärte, mit der Investition würden direkt 35 Stellen für Piloten und Flugbegleiter geschaffen. Zudem liessen sich rund 250 Arbeitsplätze in der Region sichern. Der Marktleader auf dem Platz bedient zurzeit 20 Ziele ab dem Euro-Airport. Welche zusätzlichen Strecken ab Mitte 2010 angeboten werden, wurde noch nicht publik gemacht. Easy Jet verfügt seit 2005 über eine Basis in Basel und hält einen Marktanteil von 38 Prozent. (RM)

# Die Krise verringert den Stromverbrauch

Der geringere Bedarf ist der tiefste Stand seit fünf Jahren

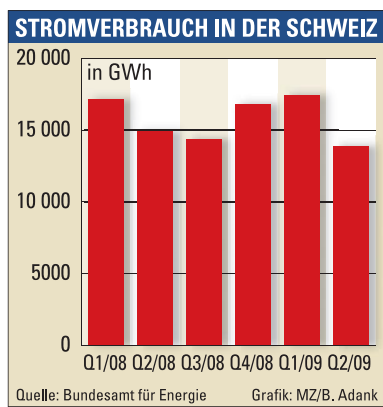
**Viele Industriebetriebe schliessen ihre Werke – und verbrauchen so weniger Strom.**

VASILJE MUSTUR

Jetzt erreicht die Wirtschaftskrise auch den Energiemarkt: Der Stromverbrauch in der Schweiz ging im zweiten Quartal 2009 laut Bundesamt für Energie (BfE) um 7 Prozent zurück und erreicht damit den tiefsten Stand seit fünf Jahren. Dies trifft Energieriesen wie Alpiq hart. «Der Konsum unserer Kunden reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr in diesem Zeitraum um 4 Prozent», bestätigt Alpiq-Sprecher Andreas Werz auf Anfrage. Das BfE führt die geringere Nachfrage auf die Rezession zurück. «Als die Firmen Kurzarbeit einführten, drosselten sie auch die Produktion. Die Folge ist ein verringerter Strombedarf», sagt Pressesprecherin Marianne Zünd.

**2003 war es anders**

Aussergewöhnlich ist, dass dieses Phänomen während der letzten Rezession im Jahre 2003 nicht anzutreffen war. Zwar schmolz die Wirtschaft um 0,2 Prozent, der Strombedarf erhöhte sich allerdings im Schnitt um 2 Prozent. Der Grund: Unter dem Wirtschaftsabschwung litt damals vor allem der Banken- und Versicherungssektor. Anders



heute: 2008 benötigte die Industrie laut Dachverband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) 30 Prozent der Stromproduktion. Nun hat die Wirtschaftskrise in diesem Sektor Spuren hinterlassen. Zahlreiche Firmen verhängten Kurzarbeit und fuhren die Produktion zurück. Die Folge: geringerer Energiebedarf.

Recherchen zeigen denn auch anhand dreier Beispiele, wie stark die Stromanbieter von der konjunkturellen Entwicklung der Industrie abhängig sind:

- **Bystronic**, einer der führenden Hersteller von Laser- und Wasserschneidanlagen mit Sitz im obern Aargauischen Niederörs, verbrauchte von Oktober 2008 bis Oktober 2009 rund 40 Prozent weniger Strom.

- Zudem verrichtet das Werk der Papierfabrik in Utzenstorf eingeschränkten Dienst. «Wir haben die Produktion aus wirtschaftlichen Gründen über die Osterfeiertage ausser Betrieb gesetzt und den Revisionsstillstand im Sommer verlängert», sagt der Stellvertretende Geschäftsleiter Ueli Peter. Darüber hinaus plane die Firma, die Produktion über die Weihnachtsfeiertage acht Tage lang einzustellen.

- Auch Georg Fischer stellt in diesem Jahr einen geringeren Energieverbrauch fest. «Beispielsweise dort, wo wir mit Strom den Kunststoff für Rohrverbindungen schmelzen, haben wir bei geringerer Produktionsmenge auch direkt weniger Energie verbraucht», sagt Pressesprecher Christian Thalheimer.

**Alpiq drohen weniger Einnahmen**

Trotz dem geringeren Konsum können die betroffenen Firmen von ihren Stromanbietern nicht günstigere Preise erwarten, da sie an langjährige Verträge gebunden sind.

Derweil rechnet das Bundesamt für Energie bis Ende Jahr damit, dass der Stromverbrauch weiter zurückgehen wird. Für Alpiq mit finanziellen Folgen: «Die Situation wird spürbare Mindereinnahmen zur Folge haben», sagt Pressesprecher Andreas Werz.

## Nachrichten



MARKUS GISLER

## Finma macht mächtig Dampf

DAS RUNDSCHEIBEN der Finma zu den Vergütungssystemen ist weltweite die erste erlassene Richtlinie einer Finanzaufsichtsbehörde zur Entlohnung von Bankangestellten. Diese Vorreiterrolle ist insofern bedeutungsvoll, als die Finma (bzw. die Schweiz) aktives Mitglied des Financial Stability Board (FSB), welche im Auftrag der G-20 aktiv an der Krisenbewältigung arbeitet und angehalten ist, mit Richtlinien und Vorschriften dafür zu sorgen, dass sich der Beinahe-Kollaps des Finanzsystems nicht wiederholen kann. Das FSB existiert seit 1999, die Schweiz ist indes erst seit Januar 2007 Mitglied. Angesiedelt ist die Organisation in Basel in den Räumen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Fest arbeiten im FSB 15 Personen, welche die Arbeit der international zusammengesetzten Arbeitsgruppen koordinieren und begleiten.

EINE DIESER ARBEITSGRUPPEN hatte im Frühling das Basispapier erarbeitet, welches die Grundlage für die jetzt von der Finma erlassenen Vergütungsregelung bildet. Präsiert hatte diese Arbeitsgruppe der designierte Präsident der Nationalbank, Philipp Hildebrand. Sein Know-how ist also auch in das Finma-Papier eingeflossen.

DAS FSB ARBEITET intensiv an der Krisenprävention. Zwingend nötig ist ein international harmonisiertes Regelwerk. Richtlinien braucht es nicht nur für die Vergütung von Bankern (bzw. deren Boni), noch wichtiger sind Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften, eine griffigere Rechnungslegung, die Kontrolle von Derivaten und von Hedge Funds und letztlich die international harmonisierte Finanzaufsicht selber. Und genau da hapert es, denn letztlich stehen die einzelnen Finanzplätze zueinander im Wettbewerb. Ergo wird Widerstand gegen eingrenzende Vorschriften geleistet, die Banken fürchten, das Geschäft könnte abwandern, was selbstredend auch die jeweiligen Regierungen nicht wollen. Am meisten Opposition machen die mächtigen amerikanischen Banken, just jene also, welche für das Debakel am ehesten verantwortlich sind. Somit ist aus heutiger Sicht noch völlig unklar, wie das neue Regelwerk aussehen wird. Die wesentlichsten Punkte will das FSB erst Ende dieses Jahres in die Vernehmlassung schicken. Konkret heisst das, vor 2011 wird es keine international harmonisierten Richtlinien geben.

DIE FINMA MACHT im Vergleich dazu also mächtig Dampf, nicht zur Freude der Grossbanken (obwohl die Richtlinien für alle gelten). Bereits im Frühling hat die Finanzaufsicht die Eigenkapitalvorschriften erhöht, bis 2013 sollen die beiden Grossbanken 5 Prozent Eigenkapital (leverage ratio) ausweisen müssen. Als Nächstes will die Finma die Liquiditätsvorschriften verschärfen. Doch dagegen wehren sich CS und UBS intensiv. Mit gewissem Recht befürchten sie einen Wettbewerbsnachteil, sollte die Finma wieder vortreten. Hinter den Kulissen wird heftig am Tau gezerrt.

## Börse

### Schweizer Börse legte gestern leicht zu, SGS-Aktie brach ein

Der SMI verbesserte sich gestern um 0,1 Prozent auf 6375 Punkte. Ebenfalls um 0,1 Prozent verbesserte sich der breitere SPI auf 5493 Punkte. Die Anleger suchten vor allem Aktien von zyklischen Unternehmen. Tagesgewinner waren die Aktien von **Swiss Life** (+6,2 Prozent). Der grösste Schweizer Lebensversicherer fasste im dritten Quartal wieder Tritt und ist auf den Wachstumspfad zurück. Auch die Titel von **Holcim** (+3,7 Prozent) und **Swiss Re** (+2,4 Prozent) steigerten sich. Die Aktie des Prüfkonzerns **SGS** brach um 6,6 Prozent ein, nachdem die Industriellenfamilie von Finck einen Teil ihres SGS-Pakets im Markt platzierte. (MRU)

# Verstrahlte Zukunft für «Atomic Anne»

Der französische Atomkonzern Areva gerät wegen technischer und politischer Fehler in die Bredouille

**Areva war jahrelang das Aushängeschild der französischen Atomindustrie. Wegen technischer und politischer Fehler gerät der grösste Nuklearkonzern der Welt aber mit einem Mal in die Bredouille.**

STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Anne Lauvergeon konnte stolz sein: Die 50-jährige Beraterin des französischen Ex-Präsidenten Mitterrand hatte aus Areva die internationale Nummer eins der Atomindustrie gemacht, noch bevor die Kernkraft eine weltweite Renaissance erlebte. Mit Siemens lancierte sie zudem eine neue AKW-Generation, den «Europäischen Druckwasserreaktor» (EPR), mit dem sie die ganze Welt von China über Südafrika bis in die USA überziehen wollte. Das Geschäft lief rund und die Zeitschrift «Forbes» kürte «Atomic Anne», wie Lauvergeon bisweilen genannt wird, zu einer der zehn mächtigsten Frauen der Welt.

Doch plötzlich scheint ihre strahlende Zukunft reichlich verstrahlt. Mit dem Rücken zu Wand, muss Lauvergeon die gesamte Stromübertragung (T&D) abstoppen, obwohl diese Konzernsparte über 5 Milliarden zum Areva-Umsatz von 13,2 Mrd. Euro beisteuert. In den nächsten Tagen muss sie in Absprache mit der französischen Regierung als Hauptaktionär entscheiden, ob T&D an das französische Konglomerat Alstom-Schneider, das 3,5 Mrd. Euro bietet, an die japanische Toshiba oder den US-Rivalen General Electric gehen soll. Letzterer hat mit 5 Mrd. Euro das höchste Gebot eingereicht.

**Areva braucht Geld**

Paris würde an sich gerne Alstom den Zuschlag geben. Doch Areva braucht dringend Geld. Der einstige Goldesel ist mit einem Mal in Finanznot. Der Bau des ersten EPR in Olkiluoto (Finnland) verzögert sich immer mehr: Der leistungsstärkste Atomreaktor der Welt dürf-



MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND Areva-Chefin Anne Lauvergeon. PAUL BOURSIER

te seinen Betrieb nicht wie ursprünglich geplant in diesem Jahr, sondern frühestens 2012 aufnehmen. Das hat die Baukosten von anfänglich 2,5 Mrd. Euro bereits verdoppelt.

Technische Probleme mit dem porösen Beton zerren zudem demassen an Lauvergeons Nerven, dass sie unlängst damit drohte, die pharaonische Baustelle mit 4500 Arbeitern kurzerhand abzubrechen. Den finnischen Auftraggeber TVO beeindruckt das nicht: Er verlangt von Areva gerichtlich Schadenersatz in Milliardenhöhe. Verzweifelt haben die Franzosen nun Gegenklage eingereicht.

Denn gleichzeitig muss Areva auch Siemens mit schätzungsweise 2 bis 3 Milliarden Euro auszahlen,

nachdem der deutsche Partner aus dem Gemeinschaftsprojekt Areva NP ausgestiegen ist. Staatschef Nicolas Sarkozy hatte verhindert, dass Siemens neben Areva zum gleichberechtigten Partner aufsteigen konnte; darauf wandte sich der Münchner Konzern dem russischen Partner Rosatom zu. Areva hat auch in diesem Fall vor einem Schiedsgericht Gegenklage eingereicht, um den Auszahlungsbetrag zu drücken. Im September musste Lauvergeon aber erneut 550 Millionen Euro zurückstellen, um den Siemens-Anteil von 34 Prozent an ihrer gemeinsamen Tochter zurückkaufen zu können.

Premierminister François Fillon sah sich seither zur Klarstellung gezwungen, es gebe «keinen Problem-

fall Areva». Die Pariser Zeitung «Le Monde» meint allerdings, der bisher unangefochtene Branchenleader Areva habe «einen Grossteil seines Vorsprungs auf seine wichtigsten Konkurrenten wie Westinghouse, Siemens oder Toshiba eingebüsst.»

Schuld daran ist nicht zuletzt Sarkozys Politik «nationaler Champignons»: Als der französische Präsident Siemens aus dem EPR-Gemeinschaftsprojekt hinauskelte, schwebte ihm die Bildung eines neuen französischen Energiekonzerns aus Areva, Alstom und dem Baukonzern Bouygues vor. Zuerst muss nun aber Areva die Zeche dafür bezahlen – vor allem dann, wenn Lauvergeon die T&D-Sparte an die amerikanische General Electric verkaufen muss.